

„DIE EINIGUNG EUROPAS – AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG“

Benediktinerabtei Ottobeuren, 20. April 2024

Lieber Markus Ferber,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es gibt wohl nur wenige Orte in Deutschland, die so geeignet sind, über die Geschichte Europas, seine Gegenwart und Zukunft, nachzudenken, wie Ottobeuren, in Schwaben, in Bayern. Das Benediktinerkloster Ottobeuren, gegründet 764, führt unsere Gedanken zum heiligen Benedikt von Nursia, Schutzpatron Europas.

Es ist mein 4. Besuch in Ottobeuren. Anfang der 80-er Jahre hat mich Hans August Lückner, Mitglied des Europäischen Parlaments von 1958-1984, Vorsitzender der christdemokratischen Fraktion von 1970-1975, heute Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), als jungen Abgeordneten nach hier eingeladen. Damals konnte ich nicht ahnen, dass mir aus Anlass seines Todes am 28. Dezember 2007 die Ehre zuteil würde, Hans August Lückner, den Ehrenbürger Ottobeurens, in der Basilika zu würdigen. So wollen wir uns auch heute seiner in Dankbarkeit erinnern.

Es war wohl aus Anlass seines 10. Todestages, dass Du mich, lieber Markus, erneut nach Ottobeuren eingeladen hast: Ich erinnere mich, dass auch Theo Waigel anwesend war.

Lieber Markus, Du wurdest 1994 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, dem ich damals schon 15 Jahre angehörte. Bis 2014 waren wir Kollegen. Ich habe Dir und den CSU-Kolleginnen und Kollegen, deren Vorsitzender Du von 1999-2014 warst, viel zu verdanken. Ohne Eure Unterstützung hätte ich die Aufgaben im Europäischen

Parlament, die ich wahrnehmen durfte, wohl nicht wahrnehmen können. Für diese Solidarität möchte ich Dir heute in Deiner Heimat aufrichtig und herzlich danken! Ottobeuren ist mit dem Heiligen Ulrich, Bischof von Augsburg und Abt von Ottobeuren, eng verbunden. Am Sieg von Kaiser Otto I gegen die Ungarn bei der Schlacht auf dem Lechfeld vom 8.-10. August 955 hatte der Heilige Ulrich von Augsburg großen Anteil. Heute versuchen wir, den Regenten in Budapest nicht mit militärischen Mitteln der Gewalt, sondern durch die Durchsetzung des europäischen Rechts, des Rechts der Europäischen Union, zu bändigen.

Auch heute ist Krieg in Europa, ein Krieg Russlands, eines Autokraten, eines Diktators und Verbrechers, gegen den Freiheitswillen des ukrainischen Volkes. Moralisch, politisch, finanziell und militärisch müssen wir solidarisch sein mit den Menschen in der Ukraine, damit sie eine Zukunft haben, wie wir in Freiheit, Frieden und einer rechtsstaatlichen Ordnung zu leben. In der Ukraine wird auch unsere Freiheit verteidigt. Den Freiheitskampf der Ukraine zu unterstützen, muss die Priorität der Prioritäten der Europäischen Union sein.

Es ist Krieg in Europa, ja, aber nicht in der Europäischen Union (EU). In der EU leben wir – bei allen Problemen und Herausforderungen – auf der Grundlage des Rechts friedlich zusammen. Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern, mehr als bisher schon, deutlich machen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni sind dazu eine zusätzliche Motivation. Die EU ist eine Friedens- Freiheits- und Rechtsgemeinschaft. Die Europäer sollten stolz darauf sein, was sie sich über die

Jahrhunderte erkämpft haben – an Werten, Freiheit, Recht und Demokratie. Es war ein langer Weg.

Wir sind hier im Süden Deutschlands, ich komme aus dem Norden unsers Landes, aus dem Landkreis Osnabrück. Im vergangenen Jahr haben wir dort des Westfälischen Friedens von Münster und Osnabrück von 1648, also vor 375 Jahren, gedacht. Er beendete den Dreißigjährigen Krieg in Deutschland und Europa. Diesen Friedensschluss möchte ich zum Anlass nehmen, um den weiten Weg des Bemühens um Frieden und Freiheit in Europa bis in die Gegenwart nachzuzeichnen. Politiker, später auch Politikerinnen, die aus christlicher Verantwortung handelten, haben an diesem Weg zu Frieden und Freiheit, zur Einigung Europas, großen Anteil.

Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen, und damit auch nicht in eine gute Zukunft gehen.

Dem Dreißigjährigen Krieg lagen religiöse, nationale und europäische Auseinandersetzungen zugrunde. Der Friedensschluss war für die Menschen ganz persönlich von größter Bedeutung. Lassen wir den Chronisten des 25. Oktober 1648, der vom Kaiser in Wien als der offizielle Friedenstag bestimmt wurde, sprechen: „An diesem Tage war nämlich frühmorgens die Kunde vom Friedensschluss (von Münster) nach Osnabrück gelangt. Zu diesem Zeitpunkt war gerade der Gottesdienst in St. Marien am Marktplatz zu Ende gegangen. Da befanden sich viele Menschen vor dem Rathaus, als die frohe Botschaft verkündet wurde. Die versammelten Menschen sollen sich vor Freude umarmt und geweint haben. Gemeinsam sangen sie den Choral „Nun lob mein Seel den Herren“. Unter ihnen befanden sich viele 30-Jährige, die Frieden noch nicht erlebt hatten.“

Eine Sonderausstellung im „Haus der Europäischen Geschichte“ in Brüssel wird ab dem 25. April an den Dreißigjährigen Krieg erinnern.

Heute – 375 Jahre nach dem Friedensschluss von Münster und Osnabrück - leben viele 75-Jährige, die Krieg persönlich noch niemals erlebt haben. Dieses trifft aber nur für die Menschen zu, die in der Europäischen Union bzw. ihren vorangehenden Organisationen gelebt haben und leben. In den 90er-Jahren gab es Krieg auf dem Balkan; heute ist Krieg mitten in Europa, ein verbrecherischer Krieg Russlands gegen den Freiheitswillen der Menschen in der Ukraine.

Der Dreißigjährige Krieg war gerade für Deutschland verheerend. Bei einer geschätzten Bevölkerung von maximal 30 Millionen Menschen dürfte annähernd ein Drittel bis die Hälfte ums Leben gekommen sein.

Der Weg zum Westfälischen Frieden war lang. Lassen wir den Historiker Golo Mann sprechen: „So langsam kam die Sache in Gang, so allmählich erschienen die Gesandten, jeder in der Furcht, er könnte als erster kommen und seiner Würde etwas vergeben. Es waren 148 Gesandte, 111 Deutsche, 37 Nicht-Deutsche. Außer England, Russland und der Türkei – das Osmanische Reich hatte Territorien auf dem Balkan – fand ganz Europa sich in Münster und Osnabrück vertreten. Die Verhandlungen waren oftmals von Eitelkeiten und Eifersucht begleitet. Der Gesandte des Papstes bemerkte ironisch, er würde gerne jedem Teilnehmer die Anrede „Majestät“ geben, wenn sie nur endlich vorwärts machten“.

Das Ergebnis des Westfälischen Friedens war die Anerkennung und Gleichberechtigung souveräner Staaten und ihrer territorialen Integrität. So entstand eine neue völkerrechtliche Ordnung, deren Prinzipien auch heute Gültigkeit haben, auch wenn diese Ordnung immer wieder scheiterte. Das Ergebnis des Westfälischen

Friedens war darüber hinaus ein Religionsfrieden, nicht die Religionsfreiheit für die Menschen. Es galt die Religionshoheit des Landesherrn: Cuius regio, eius religio. Das heißt, die Bürger mussten die Religion des Landesherrn übernehmen. Davon gab es nur wenige Ausnahmen, so in der Region Osnabrück.

Der Westfälische Frieden basiert als Friedensmodell auf einem von Gleichberechtigung geprägten Pluralismus der beiden großen Bekenntnisse. Aus dieser Ablehnung eines konfessionellen Absolutheitsanspruchs folgte jedoch gleichzeitig eine Säkularisierung der Friedensidee: während man zuvor noch auf die Integrationskraft der christlichen Universalmonarchie im Sinne einer Pax Christiana vertraut hatte, wurde diese Idee nunmehr von der Vision eines „europäischen Gleichgewichts“ durch die säkularen Mächte verdrängt. Doch dieses Gleichgewicht sollte immer wieder zusammenbrechen.

1681 entreißt Ludwig XIV, der Sonnenkönig, dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation Teile von Elsass und Lothringen, Straßburg geht dem Reich verloren. Bis ins 20. Jahrhundert waren Straßburg, Elsass und Lothringen leidgeprüfte Grenzregionen zwischen Deutschland und Frankreich und wurden gezwungen, mehrfach das Vaterland, zu dem man sie nicht befragte, zu wechseln. Der Siebenjährige Krieg (1756-1763), die Auseinandersetzung zwischen Friedrich II von Preußen und Maria-Theresia von Österreich, ist der Beginn eines hundertjährigen Machtkampfes um Vorherrschaft und Gleichgewicht auf den deutschen und europäischen Territorien.

Als Napoleon sich nach der Schlacht von Jena und Auerstedt (1806) auf dem Zenit seiner Macht befand, sah er sich einer wankelmütigen, in sich zerstrittenen Front

gegenüber. Diese Front waren die Großmächte jener Epoche – England, Frankreich, Österreich, Russland und Preußen:

Beeindruckend beschreibt Golo Mann die historische Realität jener Zeit:

„Die Feindschaft zwischen Frankreich und England war eine alles überschattende. Eben darum gab es immer wieder vage Kontaktaufnahmen zwischen ihnen, verursacht durch die Vorstellung, dass, wenn sie sich einigten, der Friede ewig und die Welt ihr Besitz sein würde. Es war Feindschaft zwischen Frankreich und Österreich, alte klassische Renaissancefeindschaft. Es war Feindschaft zwischen Preußen und Österreich, deutsche und europäische Feindschaft; der Gedanke hörte aber nicht auf, in den Köpfen deutscher Patrioten zu fühlen, dass eine Vereinigung dieser beiden Mächte – eine Vereinigung aller Deutschen – stärker sein würde als das gesamte übrige Europa. Auch zwischen Frankreich und Preußen war ...Feindschaft; die Allianz dieser beiden Fortschrittstaaten aber eine Lieblingsidee der französischen Revolution. Ähnlich war Feindschaft zwischen Frankreich und Russland. Und die Idee war, dass eine Vereinigung dieser beiden Mächte nicht Europa allein, sondern Afrika und Asien beherrschen und das britische Imperium brechen könnte.

...Zwischen allen diesen Mächten war Feindschaft, offener oder latenter Krieg; ein negatives Verhältnis, welches das politische Spiel beherrschte...“

Heute sind die genannten Mächte mit Ausnahme Russlands – und leider auch Englands - in der Europäischen Union friedlich vereinigt. Aber damals, 1814/15, galt es, die Rivalität der europäischen Mächte durch Wiederherstellung des Gleichgewichtes zu zügeln. Das war die Ambition des Wiener Kongresses.

Von der Freiheit der Völker war weder in Münster/Osnabrück noch in Wien die Rede. Aber die Menschen strebten immer mehr nach Freiheit. Die Freiheitsbewegungen im

19. Jahrhundert, die Bemühungen um Freiheitsrechte machten deutlich: die **Freiheit ist die Schwester des Friedens**. Nur Frieden und Freiheit zusammen können die Würde des Menschen verwirklichen. Dieses wurde z.B. auf dem Hambacher Fest (1832) manifestiert, wo nicht nur Deutsche für Meinungs- und Pressefreiheit gegen die repressiven Karlsbader Beschlüsse (1819) der Fürsten, Könige und Kaiser protestierten. Polen, Franzosen und andere Nationalitäten traten mit Deutschen für die gleichen Überzeugungen ein. Der Freiheitsgedanke wurde europäisch.

So war es auch später, z.B. 1848, als die Vertreter der Paulskirche eine deutsche freiheitliche Verfassung beschlossen und in Paris in der sogenannten Märzrevolution eine bürgerlich-liberale Ordnung angestrebt wurde. Wir wissen, dass dieser Wunsch nach Freiheit in Europa immer wieder scheiterte.

Die Gründung des Deutschen Reichs nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870-71 und die Ausrufung des Preußenkönigs Wilhelm zum deutschen Kaiser ausgerechnet im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles geben Deutschland seine Einheit, verfestigen aber den deutsch-französischen Gegensatz.

Reichskanzler Otto von Bismarck, der diese Politik verantwortete, bekam im Deutschen Reich einen innenpolitischen Kontrahenten, der aus christlicher Verantwortung handelte: Ludwig Windthorst (1812-1891). Er war klein von Gestalt, aber ein politischer Gigant. Golo Mann bezeichnet Ludwig Windthorst als den „genialsten Parlamentarier, den Deutschland je besaß.“ Ludwig Windthorst vertrat Prinzipien, die heute Grundlage der EU sind: Die Geltung des Rechts. Lassen wir diesen großen Zentrumspolitiker selber sprechen: „Ich werde das Recht, das ich für die Katholiken und für die katholische Kirche und deren Diener in Anspruch nehme,

jederzeit vertreten bei den Protestanten und nicht minder bei den Juden. Ich will eben das Recht für Alle.“

Aber zurück zum Weg der europäischen Geschichte: Der Diktatfriede von Versailles nach dem 1. Weltkrieg gibt der jungen deutschen Republik und Demokratie von Weimar keine Chance und ist ein Grund für die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1933. Der Nationalsozialismus zog zunächst die deutsche Demokratie, dann die deutsche Nation und damit auch Europa in den Abgrund. Sollte die europäische Geschichte sich nicht in immer schrecklicheren Ausdrucksformen wiederholen, so bedurfte es nach dem 2. Weltkrieg einer neuen Methode, eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu gestalten. Im Kern einer solchen Ordnung mussten im westlichen Europa nach 1945 notwendigerweise Frankreich und Deutschland, die Erzfeinde, stehen. Die Antwort kam aus Frankreich, es war ein historisches und politisches Wunder - bestand doch die bisherige historische Logik darin, dass Frankreich und Deutschland nach einem Krieg sich auf die nächste militärische Auseinandersetzung vorbereiteten. Die bisherigen Versuche, durch Gleichgewicht zwischen den Nationen den Frieden dauerhaft zu sichern, waren in der Vergangenheit gescheitert. Was es im Rückblick auf die europäische Geschichte zu gestalten galt, war „**eine Vereinigung der Interessen der europäischen Völker** und nicht einfach die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dieser Interessen“, wie es Jean Monnet, der Ideengeber dieser neuen Idee, formuliert hat. Jean Monnet war der Ansicht, das Problem der Souveränität müsse ohne Gedanken auf Revanche und Vorherrschaft angegangen werden. Sieger und Besiegte müssten übereinkommen, die Souveränität gemeinsam über einen Teil

ihrer zusammengefassten Reichtümer auszuüben, um so ein Band zwischen ihnen zu schaffen, das den europäischen Völkern neue Möglichkeiten eröffnet.

Diese Reichtümer waren in erster Linie Kohle und Stahl, die Schlüssel für wirtschaftliche Macht wie auch für das Arsenal, in dem die Waffen für den Krieg geschmiedet wurden. So kam es Anfang der 50er Jahre zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Der Plan dafür wurde am 9. Mai 1950 durch Robert Schuman, den französischen Außenminister, der Öffentlichkeit vorgetragen. Seine Erklärung enthält den grundlegenden Satz:

„Durch die Zusammenlegung der Basisproduktionen und Einrichtung einer hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die sich anschließenden Länder verbindlich sind, werden die ersten konkreten Grundlagen einer europäischen Föderation geschaffen, die unerlässlich ist für die Wahrung des Friedens“. Das Hauptwort war: „Frieden“. Robert Schuman ist unbeirrt und zielstrebig seinen Weg gegangen. Er traf auf das Verständnis und den Weitblick anderer europäischer Staatsmänner, so Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi. Diese in ihrem christlichen Glauben verbundenen Politiker legten das Fundament für die Versöhnung Europas. Weitere Kriege sollten durch eine enge Verflechtung unmöglich werden. Bei ihren Ideen stand stets der Mensch im Mittelpunkt. „Nicht Staaten vereinigen wir, sondern Menschen“, erklärte Jean Monnet.

So wurde möglich, was für die ehemaligen Kriegsgegner lange Zeit unmöglich schien: Vergebung und Versöhnung. Kernelemente der christlichen Lehre. Dies ist auch unser Auftrag heute und für die Zukunft.

Robert Schuman wurde für seine Politik von Links- und Rechtsaußen - von Kommunisten und Nationalisten – massiv angegriffen. Er wurde als „boche“, eine abwertende Bezeichnung von Franzosen für Deutsche, diffamiert. Meine Interpretation ist, dass sein christlicher Glaube Robert Schuman die Kraft gab, diese ihn verletzenden Widerstände zu ertragen. Ich bin kein Befürworter von Selig- und Heiligsprechungen von Politikern. Konrad Adenauer würde es sicherlich für sich abgelehnt haben. Aber Robert Schuman war ein „politischer Heiliger“. Während meiner Amtszeit als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und Europäischer Demokraten (ED) besuchte mich einmal in meinem Arbeitszimmer in Brüssel Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl. Er entdeckte ein Bild von Robert Schuman und sagte: „Er war ein Priester“. Robert Schuman ist ein Beispiel dafür, was Persönlichkeiten in der Politik bewirken können, in seinem Fall zum Guten, in der Gegenwart, bei Putin, zum Bösen.

Damals – 1950 - war nicht vorstellbar, dass die europäische Einigung die längste Friedensperiode der an der Einheit Europas beteiligten Staaten und Völker unseres Kontinents einleiten würde. Das Ziel, formuliert von Robert Schuman, wies den Weg. Der erste Satz seiner historischen Erklärung vom 9. Mai 1950 war ambitioniert und eindeutig: **„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“**

Die Geschichte der europäischen Einigung ist eine Entwicklung mit Höhen und Tiefen. 1954 scheiterte in Frankreich – wegen des Widerstands der Nationalisten und Kommunisten – die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft (EVG). Für Konrad

Adenauer war dies die dunkelste Zeit seiner langen Kanzlerschaft. Aber er ließ sich nicht entmutigen. Es mussten Alternativen gefunden werden.

Später entwickelte sich dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957), und mit dem Vertrag von Maastricht die Europäische Union (1993). Heute ist der Vertrag von Lissabon, in Kraft getreten zusammen mit der Charta der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, am 1. Dezember 2009, die rechtliche und politische Grundlage der Europäischen Union, gleichsam das europäische Grundgesetz. So verwirklichte sich die Überzeugung Jean Monnets „Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen“.

In Art. 1 der Charta der Grundrechte, die am 12. Dezember 2007 von den Präsidenten des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission im Europäischen Parlament in Straßburg unterschrieben wurde, heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, eine Formulierung, die unserem Grundgesetz entspricht.

Diese Überzeugung leitet sich unmittelbar aus dem Christentum ab. Die Europäische Union ist auch nur dann eine glaubwürdige Wertegemeinschaft, wenn die Würde jedes einzelnen Menschen Maßstab für jede unserer Initiativen, Beschlüsse und Handlungen ist.

In der Präambel des Vertrags über die Europäische Union verpflichten sich die Staaten ausdrücklich auf die „**Grundsätze der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit**“, die sich aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas entwickelt haben. Sie drücken ihren Wunsch aus, die „**Solidarität**“

zwischen den Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Tradition zu stärken.“

Meine Damen und Herren: **Einheit in Vielfalt** ist die Grundlage der europäischen Einigung. Und die **Würde des Menschen** sowie die **Geltung des Rechts** sind ihr Wesenskern. Die Würde des Menschen und die Geltung des Rechts bedingen einander, sie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 war nicht nur ein national deutsches, sondern ein europäisches Ereignis. Der Freiheitswille unserer östlichen Nachbarn in Polen, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn u.a. - und natürlich unserer Landsleute in Ostdeutschland - war die Voraussetzung für die epochalen Veränderungen auf dem europäischen Kontinent in den 80er und 90er Jahren. Papst Johannes Paul II und die katholische Arbeiterbewegung „Solidarność“ mit Lech Wałęsa hatten entscheidenden Anteil am Wandel zur Freiheit in Europa. Johannes Paul II rief seinen Landsleuten zu: „Habt keine Angst, verändert die Welt, verändert *diese* Welt!“. Ohne Polens Beitrag wäre auch die Einheit Deutschlands in Freiheit nicht möglich geworden.

Heute sind die genannten Länder mit uns friedlich in der Europäischen Union vereint. Daraus sollten wir auch den Mut und die Kraft schöpfen, dass unsere freiheitliche Ordnung, die Freiheit der Vielen, gegen autoritäre und totalitäre Staaten, also die Herrschaft der Wenigen, bestehen wird.

Welche sind die vorrangigen Herausforderungen für die Europäische Union heute?

- Von der Verteidigung der Ukraine als Priorität der Prioritäten der Europäischen Union und der freiheitlichen Demokratien war schon die Rede.
- Die Europäische Union kann nach Innen und Außen nur stark sein, wenn sie ihre Prinzipien entschlossen verteidigt. In der Europäischen Union leben wir friedlich zusammen, weil wir das Recht als Grundlage der Konfliktlösung respektieren. Wenn wir anfangen, das Recht opportunistisch zu biegen, dann ist die Europäische Einigung gefährdet. Wenn wir über Mehrheitsentscheidungen bei der europäischen Gesetzgebung im Ministerrat sprechen, dann ist das sehr viel mehr als nur ein theoretisches Entscheidungsprinzip. Mehrheitsentscheidung bedeutet – immer begleitet durch die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments – dass wir als Europäer nach den Jahrhunderten der Kriege bereit sind, unsere Konflikte, die zwischen Staaten immer da sein werden, friedlich zu lösen. Jean-Claude Juncker hat einmal gesagt: „Alles muss justiziabel sein“. Das hört sich technisch an, aber es ist fundamental wichtig. Im Kommunismus und im Nationalsozialismus hat man Menschen abgeholt und sie sind verschwunden, es hat keine Rechtsordnung gegeben. Leider ist das auch heute, z.B. in Russland und China, der Fall. Die Verteidigung des europäischen Rechts in der EU und ihren Mitgliedsstaaten ist von größter Bedeutung. Wenn es über die Geltung des europäischen Rechts Meinungsverschiedenheiten gibt, ist es Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg, darüber zu entscheiden. Seine Entscheidungen sind zu respektieren und müssen durchgesetzt werden.

- Nicht nur angesichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ist ein wirksames Handeln der EU in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein vorrangiges Anliegen. Notwendig ist natürlich eine starke atlantische Partnerschaft, insbesondere mit den USA. Aber die Unwägbarkeiten der Entwicklung in den USA gebieten, dass wir Europäer größere Eigenverantwortung übernehmen. **Atlantisch bleiben, europäischer werden**, muss der Grundsatz sein. Eine europäische Verteidigungsunion muss ein prioritäres Anliegen der europäischen Politik werden. Dazu gehören auch Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Dabei ist von großer Bedeutung, dass Frankreich und Deutschland gemeinsame Lösungen finden. Frankreich und Deutschland dürfen die anderen Partner nicht dominieren, aber ohne deutsch-französischen Konsens wird es keine europäischen Lösungen geben.
- Eine der größten Herausforderungen für Deutschland und die gesamte Europäische Union ist die Migration. Vor allem auch deshalb, weil es Menschen betrifft und ihre Würde. Aber es geht dabei auch um die Begrenzungen unseres Handelns. Einfache Lösungen gibt es nicht. Trotzdem müssen wir einen Weg finden, eine Balance, einerseits verfolgten Menschen Hilfe zu ermöglichen, andererseits die europäische Gesellschaft nicht zu überfordern. Ich möchte unserem früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck zustimmen: „Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Die Freizügigkeit in der EU werden wir nur gewährleisten können - und sie ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung - wenn es

gelingt, die Außengrenzen der EU zu schützen. Dem Europäischen Parlament möchte ich meine Anerkennung aussprechen, dass es sich auf eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik – zusammen mit den Regierungen – geeinigt hat. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei – die Christdemokraten also – mit ihrem Vorsitzenden Manfred Weber war dabei von großer Bedeutung. Diese Entscheidung dokumentiert den Einfluss, ja, die Macht des Europäischen Parlaments heute und die zentrale, ausschlaggebende Rolle der politischen Mitte, deren Kern die Europäische Volkspartei ist.

- Eine weitere große Herausforderung ist der Klimaschutz. Für eine Politik aus christlicher Verantwortung muss die Bewahrung der Schöpfung eine hohe Priorität haben. Ich bleibe dankbar dafür, dass ich am 23. April 2009 – zusammen mit dem tschechischen Ratsvertreter – die erste europäische Klimaschutzgesetzgebung im Europäischen Parlament unterschreiben konnte. Sie bedeutete: Bis 2020 Reduzierung von CO₂ um 20%, Erhöhung Neuer Energien um 20% und Verbesserung der Energieeffizienz ebenfalls um 20%. Wir als Europäische Union konnten und können immer auch ein wenig stolz darauf sein, dass die EU beim Klimaschutz die Führung in der Welt übernommen hat. Dieser Weg war und ist richtig. Aber mein Eindruck heute ist, dass beim sogenannten „Green Deal“ nicht immer die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, berücksichtigt wird und wir die Wirtschaft überfordern. Die Länder der Europäischen Union sind für 14% des CO₂-Ausstoßes weltweit verantwortlich. Wenn die EU den CO₂-Ausstoß auf „Null“ reduziert, andere Länder, China,

Russland, Indien, USA usw. aber keine vergleichbaren Anstrengungen unternehmen, ist nichts gewonnen. Wir würden unsere Wettbewerbsfähigkeit verspielen und dabei auch unsere soziale Ordnung gefährden. Bei der unbestreitbaren Bedeutung Erneuerbarer Energien – so z.B. Windkraft und Solarenergie – sollten wir offen sein für die neuen technologischen Entwicklungen der Kernenergie, aus Gründen des Klimaschutzes, aber auch, damit Deutschland und die Europäische Union die Zukunftstechnologien nicht China und anderen überlassen. Wir müssen wegkommen von einer Politik des „Entweder/Oder“, von einer „Verbots- und vermeintlichen Beglückungspolitik“. Sondern wir sollten auch auf die Fähigkeiten der Menschen vertrauen, auf neue technologische Entwicklungen, die in der Vergangenheit möglich waren und in der Zukunft möglich sein werden. In der Klimaschutz- und Umweltpolitik ist eine Balance notwendig – ein Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie. Auch da sollten wir vom Heiligen Benedikt lernen. Wir sollten uns immer an „Maß und Mitte“ orientieren.

Meine Damen und Herren,

die europäische Gesetzgebung wird oft zu Unrecht, aber auch manchmal zu Recht kritisiert. Bei beabsichtigter europäischer Gesetzgebung sollten folgende Fragen gestellt werden: Dient diese Gesetzgebung den Menschen und der Umwelt? Ist sie unter Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität notwendig? Stärkt oder schwächt sie unsere Wettbewerbsfähigkeit? Reduziert sie Bürokratie und Kosten? Nur wenn diese Fragen positiv beantwortet werden können, sollte der europäische Gesetzgeber tätig werden. Oft ist weniger mehr.

Lassen Sie mich abschließend eine andere Herausforderung – es gäbe darüber hinaus noch viele – für die EU ansprechen. Wir leben in einer schwierigen Nachbarschaft – nach Osten und nach Süden. Viele Länder wollen der Europäischen Union beitreten. Das sollten wir zunächst als Kompliment empfinden. Aber die EU muss durch die Aufnahme neuer Länder stärker, sie darf dadurch nicht schwächer werden. Die Ukraine (nach Kriegsende), Moldawien, Georgien, vielleicht auch Armenien, und die Länder des Balkans, wo der Einfluss Russlands, Chinas und teilweise auch der Türkei stark ist, streben in die EU. Im Prinzip müssen wir wegen der geopolitischen Bedeutung dieser Länder dafür offen sein. Aber es ist ein Prozess. Die beitragswilligen Länder müssen sich unseren Werten öffnen, und die Europäische Union muss beitragsfähig sein, besonders was die Reform der Einstimmigkeit im Ministerrat in der Außenpolitik betrifft. Serbien ist ein problematischer Fall, weil es zwischen Russland und der EU jongliert. Auf keinen Fall darf die Aufnahme neuer Mitglieder dazu führen, dass wir „trojanische Pferde“, Vasallen Moskaus, solange Putin regiert, in die EU aufnehmen.

Die Solidarität zwischen den Ländern der Europäischen Union ist ein hoher Wert. Kein Land, kein Volk der Europäischen Union darf mit seinen großen Problemen alleingelassen werden. Dies schließt für jedes Land der EU übertriebenen nationalen Egoismus aus. Wer nur den vermeintlichen Interessen seines eigenen Landes dient, wird am Ende auch diese verspielen, weil er die Solidarität mit den Partnern zerstört, die zur Verteidigung der eigenen Interessen notwendig ist.

In Russland leben etwa 140 Millionen Menschen, in den USA 340 Millionen, in der EU 450 Millionen. Wir haben allen Anlass, an uns selbst, an Europa, zu glauben – wegen unserer Werte, unserer Wirtschaftskraft und unserer Möglichkeiten.

Die Europäische Union gründet sich auf die Würde des Menschen, auf Freiheit und Frieden, Demokratie sowie die Herrschaft des Rechts. Das Recht hat die Macht, und nicht die Macht diktiert das Recht. So sichert das Recht den Frieden.

Gerade angesichts des verbrecherischen Angriffskriegs Russlands gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen wir uns heute erneut zu unseren Werten bekennen und bereit sein, diese entschlossen zu verteidigen. Dabei sollten wir uns immer unserer politischen Identität bewusst sein: Heimat, Vaterland, Europa, Verantwortung für die Welt gehören zusammen. Wer nur seine Heimat sieht, wird sie nicht schützen. Wer das eigene Land über alle anderen Länder stellt, wird zum Nationalisten, und Nationalismus führt zum Krieg. Wer nur als Europäer empfindet, hat keine Wurzeln. Möge uns diese Balance – ganz benediktinisch - immer gelingen, und bleiben wir dafür engagiert. Dann haben wir auch als Christen Anlass zu Hoffnung und Zuversicht. Dies ist mein Wunsch für Sie und uns alle.

*Prof Dr. Hans-Gert Pöttering
Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Bad Iburg;
Vorsitzender des Kuratoriums des Hauses der Europäischen
Geschichte, Brüssel;
Beauftragter für Europäische Angelegenheiten der Konrad-
Adenauer-Stiftung, Berlin.